auf den Namen des neuen Berechtigten umzuschreiben und diesem zu übergeben. An unrechtmäßig erlangten Sparbüchern kann kein Eigentum erworben werden. Die Verpfändung von Spareinlagen durch den Sparer ist nicht zulässig.

§17

(1) Die Kreditinstitute sind für Schäden, die durch Nichtbeachtung der für sie gültigen Bestimmungen entstehen, verantwortlich.

(2) Die Sparer sind ihrem Kreditinstitut gegenüber für alle Schäden, die sie durch Nichteinhaltung dieser Bedingungen verursacht haben, verantwortlich.

(3) Haben die kontoführenden Kreditinstitute beim Tod eines Sparers Aufträge zur Erfüllung von Nachlaßverbindlichkeiten aus dessen Spareinlagen durchgeführt, sind sie nicht für Verfügungen verantwortlich, die entgegen den erbrechtlichen Bestimmungen vorgenommen wurden.

§18

Schlußbestimmungen

(1) Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Anordnung vom 18. Juni 1965 über die Einführung des Spargiroverkehrs (GBL II Nr. 72 S. 551) außer Kraft.

(3) Die Bedingungen gelten nicht für Kontoverträge, auf die das Entschädigungsgesetz vom 25. April 1960 (GBL I Nr. 26 S. 257) und die dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen sowie die Verordnung vom 26. April 1962 über das Inhabersparbuch (GBL II Nr. 30[^] S. 279) anzuwenden sind.

(4) In vor dem 1. Januar 1976 abgeschlossenen Kontoverträgen getroffene abweichende besondere Vereinbarungen gelten weiter. Dabei handelt es sich um besondere Vereinbarungen über die

- Führung von Sparkonten mit Gläubigervorbehalt,
- Führung von Sparkonten bzw. Spargirokonten für Vereine ohne wirtschaftliche Tätigkeit und für Gemeinschaften von Bürgern,
- Sperre von Sparkonten auf Zeit

Berlin, den 28. Oktober 1975

**Der Präsident
der Staatsbank
der Deutschen Demokratischen Republik**

Kaminsky * 1

Bekanntmachung

vom 3. November 1975

Hiermit wird bekanntgemacht, daß nachstehende Rechtsvorschriften durch den Ministerrat aufgehoben bzw. außer Kraft gesetzt wurden:

1. Nachfolgend aufgeführte Regelungen auf dem Gebiet der Leitung der Volkswirtschaft werden aufgehoben:
Verordnung vom 6. November 1952 über die Organisation der Verteilung und des Handels mit Roh- und Schnittholz (GBL Nr. 158 S. 1194),
Beschluß vom 26. April 1962 zur Verbesserung der Planung und Abrechnung der Arbeitskräfte in der Industrie und Bauindustrie — Beschäftigtengruppenkataloge — (GBL II Nr. 29 S. 271),
Richtlinie vom 11. Juli 1963* für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (GBL II Nr. 64 S. 453).
2. Die Verordnung vom 20. Januar 1971 über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel (GBL II Nr. 13 S. 85) und die Erste Durchführungsbestimmung vom 14. Dezem-

ber 1971 zur Verordnung über die Planung und Finanzierung der Umlaufmittel (GBL II Nr. 81 S. 717) sowie die, Verordnung vom 10. März 1971 über die Planung und Abrechnung des Industrieanlagenhauses (GBL II Nr. 32 S. 257)

treten am 31. Dezember 1975 außer Kraft.

Berlin, den 3. November 1975

**Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates**

Dr. Kleinert
Staatssekretär

Anordnung Nr. 2*
**über Erhebung eines Sicherungsbetrages
bei der Weitergabe von Flaschenkästen
und Harassen an die Bevölkerung**

vom 14. Oktober 1975

In Übereinstimmung mit den zuständigen zentralen Staatsorganen wird folgendes angeordnet:

§ 1

Der § 2 Abs. 1 der Anordnung (Nr. 1) vom 28. Mai 1971 über Erhebung eines Sicherungsbetrages bei der Weitergabe von Flaschenkästen und Harassen an die Bevölkerung (GBL II Nr. 52 S. 445) erhält folgende Fassung:

„(1) Verkaufsstellen des Einzelhandels, Gaststätten und sonstige Versorgungseinrichtungen aller Eigentumsformen, die beim Verkauf von alkoholfreien Erfrischungsgetränken und Bier in Flaschen an die Bevölkerung dem Käufer wiederverwendungsfähige Behältnisse für den Transport leihweise überlassen, haben gegen Quittungserteilung folgende Sicherungsbeträge zu vereinnahmen:

Behältnisse aus Holz — je Stück 10,— M

Behältnisse aus Plaste — je Stück 20,— M.“

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

Berlin, den 14. Oktober 1975

**Der Minister
für Handel und Versorgung**

I. V.: Dr. D a n z
Staatssekretär

* Anordnung (Nr. 1) vom 28. Mai 1971 (GBL II Nr. 52 S. 445)

**Anordnung
über die Finanzierung des Ausgleichs
finanzieller Auswirkungen aus planmäßigen
Industriepreisänderungen für Materialien
und Ausrüstungsgegenstände
beim Neubau von Eigenheimen**

vom 15. Oktober 1975

Im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern und Leitern anderer zentraler Staatsorgane wird angeordnet:

§ 1

(1) Diese Anordnung gilt für die Finanzierung des Ausgleichs finanzieller Auswirkungen aus planmäßigen Industrie-